

EWK - Zur Lage

Stand 2. April 2024

Kriege sind wie Waldbrände.



Wenn die Umstände günstig sind, genügt ein Funken um dürres Reisig zu entzünden. Nur ganz zu Beginn besteht noch die Möglichkeit, das Entstehungsfeuer wieder zu löschen. Dazu bedarf es allerdings hoher Aufmerksamkeit, vor allem aber braucht es die Einsicht in die Gefahr, um auch den kleinsten Brand schnell und mit dem Einsatz aller verfügbaren Mittel wieder unter Kontrolle zu bringen.

Gelingt das nicht, bricht innerhalb kürzester Zeit das Inferno aus und zieht immer weitere Kreise. Da wo die Flammenwand durchgezogen ist, bleiben Glutnester übrig, aus denen schon ein Windhauch neue Flammen entfachen und sprühende Funken in entfernte Bereiche tragen und dort neue Brandherde entstehen lassen kann.

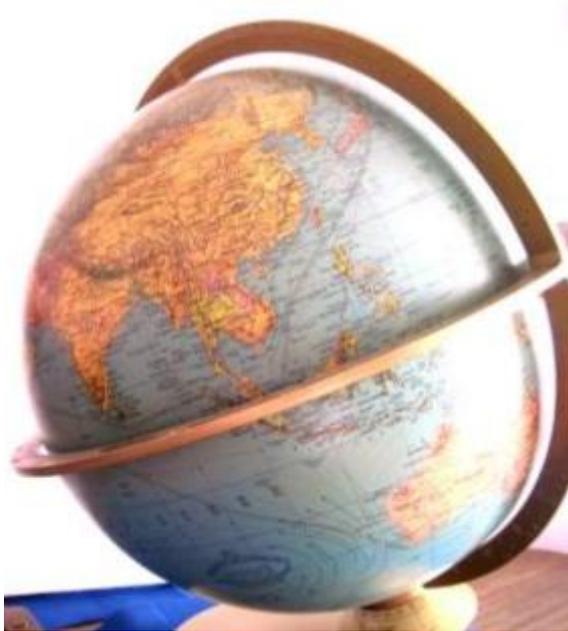
Im Zusammenhang mit Waldbränden tauchen sowohl die Begriffe „Leichtsinn“, „grobe Fahrlässigkeit“, „Brandstiftung“ und „Brandrodung“ auf, wie auch „Brandschneise“ und „Gegenfeuer“.

Zu allen diesen Begriffen lassen sich Entsprechungen in Strategie und Taktik der Kriegsführung finden. Die eher metaphorische Redewendung, vom Öl, das ins Feuer gegossen wird, bleibt jedoch der mentalen Begleitung von Kriegen vorbehalten.

Das mag damit zusammenhängen, dass es sich beim Feuer im Wald um etwas handelt, das nur den Gesetzen der Physik folgt und sich ohne vorausgedachten Plan, ohne eigenen Willen ausbreitet, etwas, von dem zwar große Gefahr ausgeht, ohne dabei aber von einem bösen Willen oder ideologischen Allmachtsfantasien getrieben zu sein.

Krieg ist keine Naturkatastrophe. Kriege brechen nicht aus. Kriege werden geführt.

Mit besten Grüßen
Ihr Egon W. Kreuzer



Welt

Weltkrieg ante portas?

Wäre die Ukraine ein Wald, das Feuer müsste spätestens jetzt erlöschen, weil sich aus den Resten des brennbaren Materials keine Feuerwalze mehr entwickeln könnte.

Wäre der Gaza-Streifen ein Wald, das Feuer fände kaum noch Nahrung.

Doch in beiden Fällen handelt es sich um Kriege, die nicht aufhören können, solange unaufhörlich neues Öl bereitgestellt und ins Feuer gegossen wird.

In „EWK – Zur Lage“ vom 25. Januar 2024 habe ich zu dem Krieg, den Israel führt (wer sonst?), folgende Aussagen gemacht:

Israel kann überhaupt nicht mehr zurück.

Der Status vom 6. Oktober 23 ist nicht mehr herstellbar. Ein Zustand, in dem gegenüber der „Vorkriegszeit“ so weitreichende Zugeständnisse an die Palästinenser gemacht würden, dass diese das Kriegsbeil endgültig begraben, ist erst recht nicht zu erreichen, denn das hieße, die Palästi-

nenser zum Sieger der Auseinandersetzung auszurufen, was die Verhältnisse vollkommen auf den Kopf stellen würde.

Ein Zustand weiterer Demütigung und Einhegung der Palästinenser, den diese um des Friedens willen akzeptieren, ist auch nicht vorstellbar, empfanden sie ihre Rolle doch ohnehin schon unerträglich. Mag sein, dass sie sich in eine solche Rolle begeben müssen, weil die Kräfteverhältnisse nichts anderes zulassen, doch ihr Verlangen nach Rache würde dadurch nur verstärkt und auf einen neuerlichen Ausbruch oder eine nicht enden wollende Terrorserie hinauslaufen.

Es ist kalte, strategische Logik, dass Israel die permanente Bedrohung durch die Palästinenser nur beenden kann, wenn es Palästinenser im Gaza-Streifen und in der Westbank nicht mehr gibt, und nach meiner Einschätzung ist Israel gewillt, dieser Logik folgend zu handeln und erst die militärischen Ressourcen der Palästinenser zu zerstören, ihre Kämpfer zu töten, und dann die Kinder und die Alten zum Wegzug aus den Palästinensergebieten zu bewegen. Letzteres muss nicht kurzfristig und quasi „auf einen Schlag“ in Form einer völkerrechtswidrigen Vertreibung geschehen, sondern wird sich – unumkehrbar – über Jahre hinziehen, in denen die Jungen sich nach und nach absetzen und die Alten allmählich aussterben.

Um diesen Zustand zu erreichen, braucht Israel keine westliche Militärhilfe. Dass die USA schon im November 2023 [Hilfslieferungen](#) im Umfang von 14,5 Milliarden Dollar zugesagt haben, hat einen anderen Grund. Es ist vor allem ein starkes Signal an den Iran, dass ein Angriff auf Israel den Kriegseintritt der USA zur Folge hätte, und es ist – neben dem Ersatz für im Krieg verbrauchte Waffen und Munition – auch die Ausrüstung, die Israel im Falle eines Angriffs befähigen soll, die Angreifer so lange aufzuhalten, bis die US-Militärmaschinerie vor Ort kampfbereit Stellung bezogen hat.

Die seither zu beobachtende Entwicklung bestätigt diese Einschätzungen. Jetzt sitzen etwa 1,4 Millionen Palästinenser in Rafah fest und die israelische Armee steht kurz davor, dort einzumarschieren, um - unter größtmöglicher Schonung der Zivilisten – die letzten dort vermuteten Hamas-Kämpfer auszuräuchern.

Größtmögliche Schonung ist dabei kein leeres Versprechen, sondern eine fein im Wortsinn versteckte Wahrheit. Keine Schonung ist die größt-

mögliche Schonung, wenn die militärischen Notwendigkeiten keine Möglichkeit der Schonung von Zivilisten ermöglichen.

Inzwischen haben sich allerdings einige Umstände verändert, die es zu beachten gilt.

Am 26. Januar erklärte der Internationale Gerichtshof in Den Haag die Klage Südafrikas gegen Israel wegen Völkermords für plausibel und ordnete im [Eilfahren Sofortmaßnahmen](#) an, mit denen verhindert werden sollte, dass Israel in Gaza „irreparable Schäden“ anrichtet.

Wie nicht anders zu erwarten, sieht sich Israel an diese Anordnungen des IGH nicht gebunden, zumal aus Washington zu hören war, das Verfahren sei wertlos, während aus London sogar die Wertung „unsinnig“ verbreitet wurde.

Dass Israel seither zumindest die Lieferung von Hilfsgütern in den Gaza-Streifen etwas weniger verhindert, ohne dass damit die Hungersnot der Zivilbevölkerung wirklich beendet werden könnte, scheint die einzige Reaktion auf die IGH-Entscheidung im Eilverfahren zu sein. Wann es zu einem Hauptverfahren und einem endgültigen Urteil kommen wird, ist nicht abzusehen. Dass Israels Bestreben, bis dahin irreversible Fakten zu schaffen, durch den IGH also eher verstärkt wurde, darf nicht verwundern; das ist die Logik des Krieges, die besagt, dass am Ende der Sieger die Geschichte schreiben wird.

Dazu passt:

Am 28. Januar fand im Binyanei Ha'uma International Convention Center in Jerusalem eine „[Konferenz für den Sieg Israels](#)“ statt. Weit über tausend Teilnehmer bestätigten sich gegenseitig darin, die [Osloer Verträge](#) (die allerdings von der Palästinensischen Autonomiebehörde schon 2015 einseitig aufgekündigt wurden) als obsolet zu betrachten.

Eine wichtige Aussage hat Shlomo Karhi, der israelische Minister für Telekommunikation von der Likud-Partei zu dieser Konferenz beigesteuert. Er forderte die freiwillige Auswanderung der Palästinenser und erläuterte, was er unter „freiwillig“ versteht, so:

„'Freiwillig' ist manchmal eine Situation,
die man (jemandem) aufzwingt,
bis er seine Zustimmung gibt“.

Am 28. Februar konnte selbst die deutsche [Tagesschau](#) nicht mehr umhin, über die Entwicklung an Israels Grenze um Libanon zu berichten, wo die Hisbollah zur Unterstützung der Palästinenser im Gaza-Streifen derart massiv mit Raketen angegriffen hat, dass Israel gezwungen war, eine große Zahl seiner Bürger (bis zu 90.000) aus dem Grenzgebiet zu evakuieren. Die Tagesschau zitierte in diesem Beitrag auch israelische Sicherheitsexperten mit den Aussagen:

„... dass Anfang Mai mit intensiven Kämpfen und der Bodenoffensive in Rafah begonnen werden könnte. "Dort müssen vier Brigaden vernichtet werden, was ca. vier Monate dauern wird - also bis etwa Juli oder August", und,

An der Nordfront wird es vor August keine intensiven Kämpfe geben. Den Evakuierten im Norden sage ich daher: Ich gehe davon aus, dass es eine Bodenoffensive geben wird. Aber nicht vor August oder September."

Zwei Tage vorher war die [Fregatte Hessen](#) der deutschen Bundesmarine an ihrem neuen Einsatzort im Roten Meer angekommen, mit dem Auftrag, die Schifffahrtslinie zum Suez-Kanal vor Angriffen der Huthis im Jemen zu schützen. Die deutsche Bevölkerung hatte kurz vorher erfahren, dass eben nicht nur die Hisbollah im israelischen Krieg Partei für die Palästinenser ergriffen hat, sondern auch die Huthis im Jemen, die alle Schiffe, die irgendetwas mit Israel zu tun haben, ob sie nun Ladung für Israel transportieren oder israelischen Eignern gehören oder sonstige Verbindungen zu Israel aufweisen, bei der Vorbeifahrt am Jemen mit Raketen und Drohnen angreifen wollen.

Wie viele Schiffe von den Huthis ins Visier genommen, wie viele davon getroffen, wie viele davon schwer beschädigt wurden, weiß ich nicht so genau, nur, dass es durchaus ein paar bemerkenswerte Treffer gegeben hat, was dazu führte, dass ein Großteil des Verkehrs nun nicht mehr die kurze Route via Suez-Kanal und Mittelmeer nimmt, um Fracht aus China und Indien nach Europa zu schaffen, sondern den [Umweg über die Südspitze Afrikas](#) nimmt, was nicht nur die Frachtraten in die Höhe treibt, sondern auch die Fahrzeiten um gut eine Woche verlängert.

Die zwischenzeitlich angelaufenen Luftangriffe der USA auf Stellungen der Huthi im Jemen haben offensichtlich nicht vermocht, die Huthis von weiteren Angriffen auf Schiffe abzuhalten, und die Kriegsschiffe einer westlichen Allianz, zu der inzwischen auch indische Verbände gestoßen

sind, konnten nicht verhindern, dass immer noch Huthi-Raketen die Luftabwehr durchdringen und Handelsschiffe treffen.

Hans-Jürgen Geese, der vielen durch seine fundierten Beiträge auf Peter Haisenkos Blog „Anderwelt-Online“ bekannt sein dürfte, hat [in diesem Beitrag](#) eine außerordentlich dramatische Position eingenommen, wenn er schreibt:

Die Huthis lassen keine Schiffe Israels oder deren Verbündeter durch die Enge vom Roten Meer in den Golf von Aden. Und umgekehrt. Die könnten sogar die Flugzeugträger der Amerikaner auf den Meeresboden schicken.

Sie glauben das nicht?

Frage: Wer besitzt die Superraketen unserer Zeit, die Hyperschallraketen? Russland hat die, China hat die, der Iran hat die. Und wenn der Iran die hat, könnten die auch die Huthis haben. Gegen Hyperschallraketen gibt es keine Verteidigung. Hat Amerika die Dinger? Hat die NATO die Dinger? Nein. Die Amerikaner und die Jungs von der NATO haben nur eine große Schnauze und nichts dahinter.

Jahrelang habe ich, auch in „EWK – Zur Lage“, immer wieder darauf hingewiesen, dass den USA viel daran gelegen ist, den Iran mit Krieg zu überziehen und als „Failed State“ in die Bedeutungslosigkeit zu bomben. Immer wieder habe ich erwähnt, dass die Israelis den dringenden Wunsch verspüren, die USA endlich in einen Krieg gegen die Iran einzuziehen, um ihre eigene Dominanz in der Region nicht zu verlieren.

Doch auch in den 18 Jahren zwischen 2003 (USA und GB überfallen und besiegen den Irak) und 2021 (USA-Truppen ziehen sich aus Afghanistan zurück), in dem der Iran wie ein reifer Apfel zwischen den US-Truppen im Irak und den US-Truppen in Afghanistan zum Greifen nahe schien, unterblieb die militärische Auseinandersetzung mit dem Iran, obwohl er durch die westlichen Wirtschaftssanktionen schwer getroffen wurde, ohne dass dadurch jedoch die erhoffte Hungerrevolte gegen das Mullah-Regime ausgelöst werden konnte.

Es stellt sich daher heute die Frage, geht es im Grunde doch wieder gegen den Iran?

Die Geschehnisse des 7. Oktober 2023, dem Tag, als die Hamas aus dem eingezäunten und eingemauerten, Tag und Nacht beobachteten Gazastreifen heraus in Regimentsstärke – scheinbar mühelos auf israe-

lisches Gebiet vordringen konnte, geben doch einige Rätsel auf. Eines der größten Rätsel hat dabei die Tagesschau, vermutlich versehentlich, durch die Wiedergabe der Vorwürfe des Oppositionsführers in der Knesseth, Benny Gantz, in den Raum gestellt, denn Benny Gantz folgerte aus der Berichterstattung internationaler Journalisten, die beim Angriff der Hamas in vorderster Front dabei gewesen sein mussten:

„Wenn es Journalisten gegeben hat, die von dem Massaker wussten, es fotografierten und untätig danebenstanden, als Kinder abgeschlachtet wurden, unterscheiden sie sich nicht von Terroristen und sollten auch wie solche behandelt werden.“

Das Rätsel lautet: Wie kann es sein, dass die israelischen Grenztruppen von diesem Überfall derartig überrascht wurden, wenn die Absichten der Hamas, und das auch noch sehr konkret, tages- und stundengenau, unter Journalisten verbreitet (worden) waren?

Das zweite Rätsel, zu dem es allerdings nur spärliche Informationen außerhalb des Mainstreams gab, bezieht sich auf das Verhalten des israelischen Militärs, dessen Aktivitäten zumindest in einigen Fällen dazu beigetragen haben sollen, die Zahl der israelischen Opfer durch so etwas wie „friendly Fire“, in die Höhe zu treiben.

War der Überfall der Hamas nach dem gleichen Drehbuch gelaufen, wie 82 Jahre vorher der Überfall der Kaiserlich Japanischen Marineluftstreitkräfte auf die im Hafen von Pearl Harbor als Köder ausgelegten, wehrlosen Schrottschiffe der USA? War es die erste Falle, in einer ganzen Kaskade von Fallen, an deren Ende die Vernichtung des Iran durch eine westliche Allianz stehen sollte?

Die zweite Falle, das grausame Gemetzel der sich selbst verteidigenden Israelis im Gaza-Streifen, erinnert an die Unterdrückung und den jahrelangen Beschuss der überwiegend russischstämmigen Ukrainer im Donbass durch die eigene Regierung, der – entgegen der Vereinbarungen der Minsker Abkommen – fortgesetzt wurde, anstatt die vereinbarten Schritte zur Deeskalation zu gehen, bis eben Russland nach langem Zuwarten eingegriffen hat, um

- einerseits die Unterdrückung seiner Landsleute zu beenden, die ja nicht nur in kriegerischen Akten, sondern auch im Verbot der russischen Sprache, der Unterdrückung der russisch orthodoxen Kirche, in ausbleibenden Rentenzahlungen und der Unterbrechung der Wasserversorgung der Krim bestand,

- und sich andererseits der Aufrüstung der Ukraine durch ihre westlichen Partner quasi im letzten möglichen Augenblick militärisch entgegenzustellen.

Mit dem Eingreifen von Hamas und Hisbollah hat sich die Möglichkeit ergeben, den Krieg auf den Libanon und den Jemen auszudehnen und dazu bereits die Hilfe der USA und der üblichen Koalition der Willigen auf den Weg zu bringen. Damit hat auch die zweite Falle, wenn es denn so geplant war, plangemäß zugeschlagen.

Die dritte Falle befindet sich möglicherweise, wie 1915 die Lusitania, nur eben nicht vor der Küste Irlands, sondern möglicherweise in Gestalt eines großen US-Kriegsschiffes im Roten Meer, und wartet auf die Versenkung durch eine Rakete zweifelsfrei iranischer Herkunft. 1915 hatte das Deutsche Reich absolut unzweideutig die unbeschränkte U-Boots-Kriegsführung angekündigt und die zivile Schifffahrt entsprechend gewarnt. An der Erklärung der Huthis, auf die Angriffe des amerikanischen Feindes auf ihre Streitkräfte entsprechend zu reagieren, gibt es auch nichts zu deuteln.

Sollte dieses notwendige „Ereignis“ weiterhin ausbleiben, ist mit dem für den Mai geplanten israelischen Angriff auf Rafah immer noch die Möglichkeit gegeben, durch entsprechende Eskalation im Vorgehen die Zurückhaltung auf Seiten Irans und seiner Vorfeldtruppen zu durchbrechen.

Der bereits erwähnte Hans-Jürgen Geese äußert in seinem oben verlinkten Artikel zwar die Überzeugung, dass die USA nicht einmal einen Krieg gegen die Huthis gewinnen können, und, dass nach dem Debakel der NATO in der Ukraine feststehe: Die Supermacht USA gibt es nicht mehr.

Diese Einschätzung teile ich nicht. Auch wenn Russland und China militärisch aufgeholt und die USA in Teilaspekten technologisch überholt haben: Kriege zu führen, ist die Profession der USA. Kriege zu gewinnen gehört nicht dazu, jedenfalls nicht in dem Sinn, dass ein Staat überfallen, sein Militär niedergedrungen und das Land für lange Zeit besetzt wird. Das wäre eindeutig zu umständlich und zu kostspielig und brächte zudem lästige völkerrechtlich festgelegte Verpflichtungen im Umgang mit der Bevölkerung des besetzten Landes mit sich.

Einen Krieg zu führen ist für die USA immer ein Gewinn, auch wenn sie ihn nicht gewinnen, solange die kriegerischen Aktivitäten sich außerhalb des Hoheitsgebietes der USA abspielen. Das beginnt mit der Auslastung der Produktion des militärisch-industriellen Komplexes, dessen Leis-

tungsfähigkeit von Kriegen abhängt, genauso wie die Kriege der USA von dessen Leistungsfähigkeit abhängen. Darüber hinaus gehen alle Gegner, auch wenn sie sich letztlich erfolgreich zur Wehr setzen konnten, geschwächt aus diesen Auseinandersetzungen hervor und sind keinesfalls scharf darauf, im Gegenzug die USA herauszufordern, und letztendlich dient jeder von den USA geführte Krieg der Abschreckung und Gefügig-Machung potentiell aufmüpfiger Staaten und bindet auch die Verbündeten stärker an den Hegemon.

Schon gar nicht teile ich die Auffassung, dass die USA im Angesicht des eigenen Niedergangs nun wild und unkontrolliert um sich schlagen würden, wie ein waidwundes Tier.

Bei allen innenpolitischen Problemen der USA, der Verwahrlosung von Städten und ganzen Teilstaaten, trotz der Überflutung mit Migranten: Der harte Kern ist stabil, und – wie eh und je – werfen die USA ihre Streitmacht erst dann wirklich ins Getümmel, wenn der auserkorene Gegner bereits so weit geschwächt ist, dass die Gefahr, die von ihm noch ausgeht, überschaubar erscheint.

Aus diesem Blickwinkel heraus muss auch noch der Krieg in der Ukraine betrachtet werden. Eine Auseinandersetzung, in die die USA bisher nicht eingegriffen haben und auch vorläufig nicht beabsichtigen, direkt einzugreifen. Der Abnutzungskrieg hat die Ukraine weit mehr geschwächt als Russland. Es scheint aber noch zweckmäßig, diesen Krieg weiterzuführen, und es scheint sogar möglich, diesen Job vorläufig ganz den Europäern zu überlassen. Bei der Haushaltseinigung zur Abwehr des Shutdowns, hat es jedenfalls wieder [keine Mittel für die Ukraine](#) gegeben.

Macron, der wie ein Fußballtrainer, der zu Beginn der zweiten Halbzeit frische Spieler einwechselt, geneigt, ja eigentlich sogar gewillt ist, Frankreich offiziell zum Kriegsgegner zu machen, indem er eigene Truppen entsendet, wird diesen – noch hypothetischen Vorstoß – nicht ohne Rücksprache mit Washington in die Debatte geworfen haben. Auch von den Briten habe ich den Eindruck, dass sie nur auf den richtigen Augenblick warten, um in der Ukraine sichtbar aufzumarschieren. Die Polen wären sowieso dabei, schon um sich ein Stück der Ukraine, das wie sie meinen, sowieso zu Polen gehört, zurückzuholen.

Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages unterstützt diese Vorgehen mit seiner jüngsten Studie sogar explizit, indem er den NATO-Beistandspakt auf eine Weise auslegt, die mir so niemals eingefallen wäre. Auf den Punkt gebracht:

Jeder NATO-Staat darf aus eigenem Antrieb gegen Russland in den Krieg ziehen. Damit hat die NATO nichts zu tun. Sollte Russland einen solchen Aggressor daraufhin jedoch auf dessen eigenem Staatsgebiet angreifen, so ist die gesamte NATO zu Beistand verpflichtet.

[\(Hier ausführlich nachzulesen\)](#)

Damit hat kann sich jedes NATO-Mitglied, dass sich direkt in den Krieg gegen Russland einmischt, auf die Abschreckung der US-Atomwaffen verlassen, sollte Russland seinerseits den Krieg über die Grenzen der Ukraine hinaus, auf das Territorium der Angreifer eskalieren. Das dürfte nicht nur bei Macron die Schwelle für den Kriegseintritt deutlich gesenkt haben, auch für die Falken in der deutschen Regierung dürfte die Studie des Wissenschaftlichen Dienstes neues Wasser auf ihre Mühlen sein. „Was soll schon passieren? Russland wird sich doch nicht mit der ganzen NATO anlegen!“

Damit aber lassen sich auf einmal beide Konflikte, Gaza und Ukraine in ein gemeinsames strategisches Szenario einfügen.

Russlands Überlegenheit in der Ukraine hat ja mehrere Ursachen. Ohne die eigenen russischen Anstrengung zur Ankurbelung der Rüstung zu unterschätzen, muss auch bedacht werden, dass der Großteil der von Russland zugekauften Waffen und Munition aus dem Iran stammt. Schon vor einem Jahr war in diesem [Artikel der WELT](#) zu lesen:

Iran ist Russlands wichtigster Ausrüster

(...)

Die US-Seite drängt jedoch auf eine verschärfte Gangart (bei den Sanktionen und Exportverboten). Hintergrund ist auch die enge Militärkooperation zwischen dem Iran und Russland. „Wir sehen fort-dauernd Anzeichen, dass Iran und Russland ihre beispiellose Verteidigungspartnerschaft ausbauen. Iran ist Russlands wichtigster Ausrüster“, so John Kirby, Sprecher des Nationalen Sicherheitsrats. „Iran hat Russland bereits mit Artillerie und Panzern für den Einsatz in der Ukraine versorgt. Seit August hat der Iran Russland mit mehr als 400 Drohnen ausgerüstet, die meisten vom Typ Shahed. Russland setzt diese für seine Attacken auf maßgebliche ukrainische Infrastruktur ein.“

Es ist sicherlich kein Fehlschluss, wenn davon ausgegangen wird, dass die Lieferungen aus dem Iran seither eher deutlich zugenommen haben und auch nicht mehr nur Panzer, Artilleriemunition und Drohnen umfassen, sondern auch diverse Ausführungen von gelenkten und ungelenk-

ten Raketen. Das kaspische Meer bietet die perfekte und von Dritten kaum kontrollierbare Seeverbindung zwischen dem iranischen Hafen Bandar Anzali und dem russischen Machatschkala an.

Ein Krieg gegen den Iran würde Russlands Fähigkeiten im Ukraine-Krieg direkt treffen, während der Iran seinerseits, solange Russland in der Ukraine noch gebunden ist, kaum auf russische Unterstützungsleistungen zählen könnte.

Mit der Umwidmung des Ukraine-Krieges vom Stellvertreterkrieg der USA zum Stellvertreterkrieg der EU unter Beteiligung von europäischen NATO-Staaten hätten die USA zudem mit dem Iran nur noch einen Krieg am Hals, für den ihre personellen und materiellen Ressourcen auf alle Fälle ausreichen würden.

Insofern ist nicht die Entwicklung in der Ukraine das Element, was den Dritten Weltkrieg führbar erscheinen lässt, sondern der Beginn des offenen Krieges gegen den Iran und seine tatsächliche militärische Stärke.

Die militärische Stärke des Iran ist der wunde Punkt der antiwestlichen Staaten in der Region, denn es ist nicht zu erwarten, dass Russland die eigene Existenz aufs Spiel setzt, indem es einen Angriff auf den Iran mit einem (atomaren) Schlag gegen die Angreifer beantwortet.

Weltkrieg ante portas?

Nicht zwingend, aber
es fehlt nicht mehr viel.

Fehlt noch die Einstellung Chinas zum Weltkrieg. Es mag an mir liegen, oder an den deutschen Medien – jedenfalls habe ich eine Info dazu nur bei dem mehrsprachig verbreiteten Medium „[Athens News](#)“ aus Griechenland gefunden. Ich will nicht ausschließen, dass dahinter ein russischer Informationsdienst steht, kann dafür aber auch keine Belege finden.

Jedenfalls heißt es dort:

... Die Journalistin Natalya Mosiychuk sagt: Ein Sprecher des chinesischen Verteidigungsministeriums sagte gestern (Samstag (16.3.)), dass Peking „bereit zum Eingreifen“ sei, falls die USA oder

die NATO beschließen sollten, Russland anzugreifen. Insbesondere sagte der Vertreter des chinesischen Verteidigungsministeriums:

„China ist bereit, überall militärisch einzugreifen, wenn die USA oder die NATO beschließen, Russland anzugreifen.“

Weltkrieg ante portas?

Das Ensemble wäre jedenfalls komplett.

Ohne Deutschland? Nee. Nie und nimmer. [Robert Habeck](#), vermutlich in seiner Eigenschaft als Vizekanzler, will – und das meint er leider ernst – für den Landkrieg rüsten

Im Konflikt um Gaza hat übrigens nicht nur Südafrika Klage gegen Israel wegen Völkermord eingereicht. Nicaragua verklagt neben anderen inzwischen auch die Bundesrepublik Deutschland wegen Beihilfe zum Völkermord.

Herrlich! Wie es der Bundesregierung am 7. Februar in der [Regierungspressekonferenz](#) gelungen ist, auf diesbezügliche Fragen partout nicht einzugehen.

USA intern

Grenzfragen

Der US-Bundesstaat Texas entwickelt in den USA Initiativen in der Migrationsfrage, die sehr an das erinnern, was Ungarn in der EU vorgeführt hat. [Die Nachricht](#) stammt noch aus dem Januar, dürfte aber immer noch eine gewisse Strahlkraft besitzen.

Gouverneur Greg Abbott spricht von einer Invasion und hat auf Basis eigener Machtvollkommenheit und gegen die Vorgaben aus Washington die texanische Nationalgarde angewiesen, die Grenzbefestigungen zu Mexiko auszubauen. Nachdem der Supreme Court der USA daraufhin feststellte, dass Bundesbeamte die Grenzzäune der Einzelstaaten entfernen dürfen, wird die Grenze jetzt doppelt gesichert, ein Zaun gegen Mexiko, und ein zweiter, um die Bundesbeamten von diesem Zaun fernzuhalten.

Über Präsident Biden sagt Abbotts Justizminister Ken Paxton übrigens:

„Er kooperiert – aber nicht nur das, er ist buchstäblich ein Partner dieser Kartelle.“

Inzwischen hat das Oberste Gericht der USA dem Bundesstaat Texas ausdrücklich [polizeiliche Befugnisse](#) an der Grenze zu Mexiko zugebilligt. Eine Klatsche für Biden und die guten Demokraten.

Umwelt und Klima

Keine Erweiterung der Infrastruktur für den Export von [LNG-Gas. Stopp](#) der Genehmigungsverfahren. Damit hat Joe Biden bei der Klimalobby in den USA Punkte gesammelt. Bei der Klimalobby in Deutschland, die nach dem Verzicht auf Erdgas aus Russland auf Bidens nicht klimawohl aber USA-freundlichere Frackinggas gesetzt hat, wurde damit allerdings wieder ein Loch gerissen, dass dummerweise mit der Stilllegung weiterer Kohlekraftwerke nicht gestopft werden kann.



Europa

EU-Parlament

Der größte Wanderzirkus der Welt mit 751 Artisten und Wortakrobaten, der abwechselnd in Straßburg und Brüssel seine selten ausverkauften Vorstellungen gibt und alleine für seine Umzüge jedes Jahr weit mehr als 60 Millionen Euro aus dem Fenster der Sonderzüge wirft, mit denen die Vierhundert-Kilometer-Reise bewältigt wird, stellt sich in diesem Jahr wieder einmal dem Urteil des Publikums, das möglicherweise einige nicht mehr attraktive Mitglieder mit ihren inzwischen verstaubten Glanznummern hinauswerfen, und einige neue, hoffnungsfroh-ehrgeizige Mitglieder in das Parlament der Rechtlosen hineinwählen wird.

Die Wahlberechtigten in Deutschland sind am 9. Juni zur Wahl aufgerufen. Bis dahin vergehen nur noch 68 Tage, doch von Wahlstimmung, von Vorfreude, vom heißen Wahlkampf ist hierzulande nichts zu verspüren.

- 94 Abgeordnete wird Deutschland entsenden. Das sind 1,3 Abgeordnete pro Million deutscher Staatsbürger.
- Die Belgier senden 22 Abgeordnete nach Brüssel und Straßburg – und das heißt: 2,2 Abgeordnete pro Million belgischer Staatsbürger.
- Aus Malta werden sechs Abgeordnete entsandt, und damit rund 12 Abgeordnete pro Million Staatsbürger.

Das wiederum ist unabhängig von der Wahlbeteiligung und bedeutet, dass wir Deutschen uns anstrengen können, wie wir wollen, mehr als 94 Sitze können wir nicht erreichen.

Diese Wahlen mögen geheim und frei sein – dem Gleichheitsgrundsatz werden sie nicht gerecht und sind schon von daher eine Farce.

Die ganze Wahl dient mehr oder weniger nur der Volksbelustigung.

Im Sinne von „Brot und Spiele“ dürfen wir demokratische Teilhabe spielen, und Ursula von der Leyen wird dennoch wieder Kommissionspräsidentin und darf dem Parlament vorgeben, womit es sich beschäftigen darf.

Von daher konzentriert sich mein ganzes Interesse an dieser Wahl nur darauf, wie sich das auf 16 Jahre abgesenkte Wahlalter in Deutschland auswirken wird. Wird das linksgrüne Lager, das für die Absenkung des Wahlalters auch bei den Bundestagswahlen trommelt, in die Höhe geschossen, oder kommt es, wie bei einer [„Testwahl“ mit Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren](#), die der bayerische Jugendring parallel zur Landtagswahl Anfang Oktober durchgeführt hat?

Die Grünen haben dabei kräftig Federn lassen müssen (minus 10 Prozent), während die AfD mit Zugewinnen von 6.6 Prozent bayernweit zweitstärkste Kraft nach der CSU geworden ist.

Frankreich

Schon 2022 hat die EU auf Drängen von Frankreich und gegen Widerstände, vor allem aus Deutschland, Investitionen in Erdgas und Atomkraft als „nachhaltig“ eingestuft, was sowohl den Zugang zu Krediten als auch zu Fördermitteln erleichtert, bzw. überhaupt erst ermöglicht.

Im März dieses Jahres hat die Internationale Atomenergiebehörde in Brüssel die sogenannte „Atom-Allianz“ tagen lassen, mit dem Ergebnis, dass mehr als 30 Regierungen dort ankündigten, den Ausbau der Kernkraft bis 2050 glatt zu verdreifachen. Dass die deutsche Bundesregierung nicht unter den Ausbauwilligen zu finden war, muss eigentlich nicht besonders betont werden, denn hierzulande schreibt versteht man unter „Vernunft“ eher das Gegenteil.

Von diesen Erfolgserlebnissen gestärkt, hat Frankreich nun in Sachen Energiewende nicht nur den Vogel abgeschossen, sondern ihn den Grünkrämern in Berlin auch überdeutlich gezeigt:

Windkraftprojekte dürfen in Frankreich [keine Umweltgenehmigung](#) mehr erhalten, und das gilt sogar rückwirkend für bereits genehmigte und errichtete Windkraftanlagen.

Aufgehängt wurde die Entscheidung des Staatsrates an den Infraschall-Emissionen der Windräder, die vor neuen Genehmigungen erst neu bewertet werden müssten, aber auch an den ungenügenden Beteiligungsrechten der betroffenen Bürger.

In der Wirkung hat Frankreich damit in einem energischen Befreiungsschlag die von der Windenergie ausgelösten Risiken des Zappelstroms im Netz ausgeschaltet, womit ein Schritt zur Sicherung der unterbrechungsfreien Stromversorgung und zur Senkung der Kosten der Redispatchmaßnahmen gelungen ist.

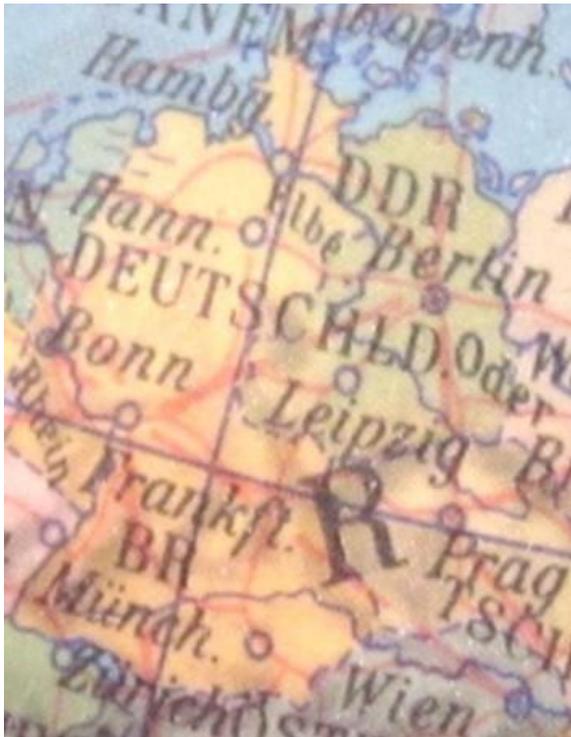
Da kann ich nur sagen: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Selbst in der EU.

Orban – Ungarischer Nationalfeiertag

Am 15. März, einem der drei ungarischen Nationalfeiertage, hat Viktor Orban seinen Willen, seinen Weg weiterzugehen, bekundet. Tichys Einblick hat darüber berichtet. Ein Dokument, das dem deutschen Leser vor Augen führt, wie sehr sich unser Freiheitsverständnis inzwischen von dem der Ungarn entfernt, ja geradezu distanziert hat.

Die zentrale Entscheidung der heutigen Zeit aus Orbáns Sicht ist die, ob man „auf der Seite der Wahrheit“ stehen oder sich der „Herde der blökenden Globalisten“ anschließen will. Man könne entweder für seine Heimat kämpfen oder „das Brot der Ausländer“ essen. (...) Und so verspricht er: „Wir werden nach Brüssel marschieren und selbst die Europäische Union verändern.“ Und weiter: „Wenn wir die Freiheit und Souveränität Ungarns bewahren wollen, müssen wir Brüssel erobern und einen Wandel in der EU bewirken.“ Die Zerstörung bäuerlicher Betriebe, die Verarmung der Mittelklasse, die Insolvenzen europäischer Betriebe könne man ebenso wenig dulden wie die Missachtung der Rechte der verschiedenen Nationen, die Versklavung der eigenen Kinder durch Schulden und das Hineintreiben von ganz Europa in einen Krieg.

Der lesenswerte, vollständige Artikel ist [hier verlinkt](#).

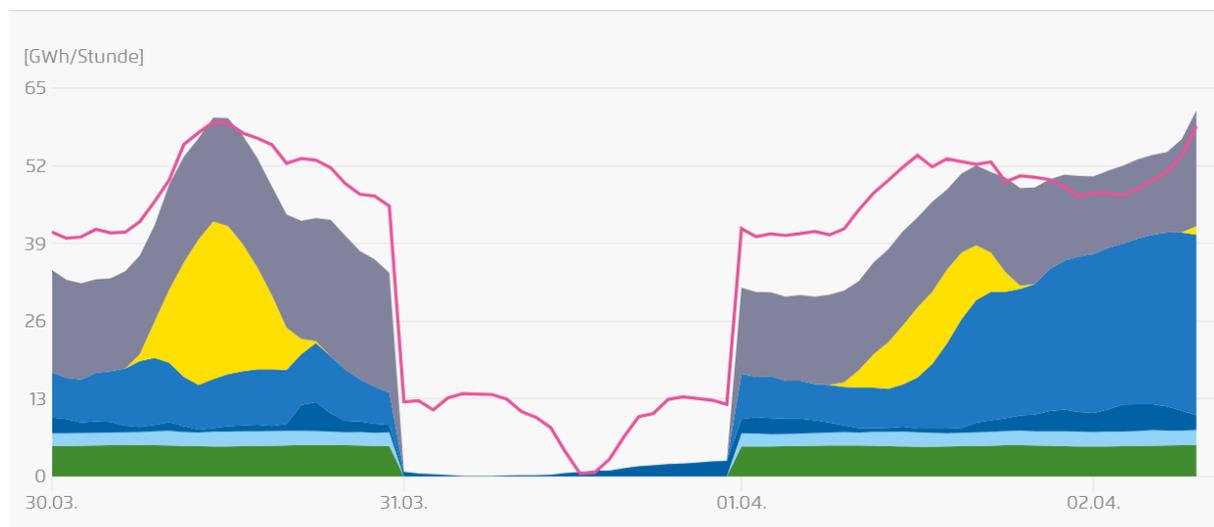


Deutschland

Versorgungssicherheit Strom

Es ist kein Scherz. Am 1. April hat Deutschland die nächsten 15 Kohlekraftwerke vom Netz genommen. „Überflüssig“, meint [Habeck](#). Die von Agora-Energiewende veröffentlichte und laufend aktualisierte Auswertung von Stromerzeugung und Verbrauch hat dies mit einem bemerkenswerten Statistik-Absturz „gewürdigt“.

Stromerzeugung und -verbrauch

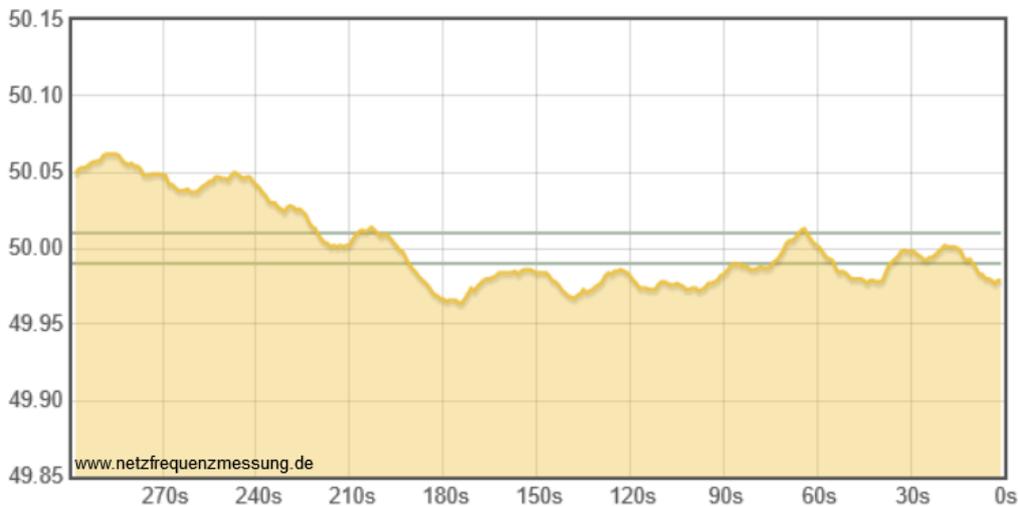


(rote Linie=Verbrauch, grün+blau+gelb=Erneuerbare, grau=konventionelle Kraftwerke)

Dass die Bundesnetzagentur die Versorgungssicherheit gefährdet sieht, hat unsere Klimakrieger nicht davon abgehalten, ihren Dekarbonisierungswahn weiter auszuleben, so wie auch niemand auf die Idee gekommen ist, die Rückbau-(=Abriss)-Genehmigung für das zwangsabgeschaltete, voll funktions- und leistungsfähige AKW Isar 2 zu versagen.

Das Ergebnis ist an der Achterbahnfahrt der Netzfrequenz zu erkennen, zufällig aufgenommen, während ich diese Zeilen schreibe. Einst waren die 50 Hz in Deutschland so stabil, dass Uhren ihre Zeitimpulse von der Netzfrequenz bezogen haben ...

Zeitlicher Verlauf der Netzfrequenz



Die Darstellung zeigt den sekundlichen Verlauf der letzten 5 Minuten der Netzfrequenz in Hz.

Die grauen Linien stellen den Totbereich der Regelkennlinie (± 10 mHz) dar, in dem keine Primärregelleistung bereitgestellt wird.

Die aktuelle Netzfrequenz beträgt 49.979 Hz.

Datum und Uhrzeit (UTC): 02.04.2024 07:49:15

Dazu sollten sie Folgendes wissen:

Fallen sehr kurzfristig Erzeugungskapazitäten oder große Verbraucher aus, dann sind Abweichungen von 800 mHz kurzfristig erlaubt (49,200 Hz bis 50,800 Hz). Bei höheren Abweichungen ist von einem massiven Fehler im Netz auszugehen. Zur Vermeidung von problematischen Netzzuständen tritt in diesem Fall ein definierter schrittweiser Abschaltplan in Kraft. Hilft das Abschalten/Abwerfen von Verbrauchern bei Unterfrequenz oder von Erzeugern bei Überfrequenz nichts, dann wird der Netzbetrieb eingestellt (black out) und das Netz danach neu aufgebaut. ([Ausführliche Beschreibung hier](#))

Die aktuellen Werte von Stromerzeugung und Verbrauch [finden Sie hier](#). Den Verlauf der Netzfrequenz können Sie [hier abrufen](#).

Versorgungssicherheit Gas

Der gleiche Stilllegungswahn wie beim Strom, wütet – bisher nur in den Köpfen, doch bald wohl auch in der Realität – bei der Vernichtung der Infrastruktur der Gasversorgung.

Robert Habeck will die Gasverteilungsnetze von immerhin 500.000 Kilometern Länge, die in der deutschen Erde verbuddelt sind und dort keinerlei Schaden anrichten, abbauen, herausreißen, zerstören, um seinen vielleicht nicht mehr so grünen Nachfolgern im Amt nur noch verbrannte Erde zu hinterlassen.

Wenn schon nutzungsfähige Kernkraftwerke zersägt und mit Säurespülungen der Rohrleitungen unbrauchbar gemacht, Kohlekraftwerke vom Netz genommen und abgerissen werden, warum sollten dann ausge-rechnet die Gasleitungen in der Erde bleiben?

Die 50 oder 60 neuen Gaskraftwerke, die selbst von den Grünen noch vor zwei Jahren für erforderlich gehalten wurden, um unvermeidliche Schwankungen der Stromernte aus Wind und Sonne auszugleichen, werden schließlich auch nicht rechtzeitig zur Verfügung stehen. Es gibt dafür ja noch nicht einmal die Bauanträge. Und selbst wenn es die gäbe und auch schon Baugenehmigungen, den grünen Wasserstoff, mit dem sie betrieben werden sollen, wird es auch nicht geben. Wozu also noch Leitungen?

Sorry, wenn ich hier Zynismus verbreite. Aber wie soll man mit diesem Irrsinn sonst umgehen, ohne in tiefe Depression zu verfallen.

Als nächstes werden sie sämtliche Talsperren sprengen, weil nach den Prognosen der Wissenschaft ab 2030 sowieso kein Regen mehr fallen wird.

Nein. Habeck – der sich rühmt, es sei ihm, allen Unkenrufen zum Trotz, gelungen, die Gasspeicher mit LNG aufzufüllen – verfolgt mit der Zerstörung der Gasverteilungsnetze wohl einen ganz anderen Plan. Wenn die Gasnetze nämlich erst weg sind, dürfen Gasheizungen nach den ihm abgetrotzten Abschwächungen des Heizungsgesetzes zwar noch betrie-

ben werden, bis sie irreparabel kaputt sind, aber was hilft das Dürfen, wenn es kein Gas mehr gibt?

[In Augsburg ist es schon so weit.](#) In vorausseilendem Gehorsam haben die Stadtwerke Augsburg ihren Kunden angekündigt, dass in zehn Jahren ungefähr – kann auch ein bisschen früher sein – kein Gas mehr geliefert werden wird. Neue Kundenanlagen werden sowieso schon nicht mehr angeschlossen – und das nicht nur in Augsburg.

Versorgungssicherheit Kaffee im Café

Auch das ist kein Aprilscherz, sondern wurde von [journalistenwatch.com](#) schon am 29. Januar veröffentlicht:

Ein Beispiel für diesen weiteren Schritt in eine faschistoide Gesellschaft ist das Tübinger Café „Südhang“: Wer dort etwas bestellen oder als Gast einkehren will, muss folgenden Erklärungen ausdrücklich zustimmen:

„Hiermit erkläre ich, dass ich mich von rechtem Gedankengut distanzriere, Insbesondere hege ich keinerlei Sympathien für die AfD und ihr nahestehende Gruppierungen.“

Den vollständigen Artikel [finden Sie hier](#).

Versorgungssicherheit See- und Binnenhäfen

Der großen Pläne herrscht kein Mangel. So hat die Ampel nun auch eine „Nationale Hafenstrategie“ sowohl auf Kiel, als auch auf Eis gelegt.

„**Sowohl auf Kiel gelegt**“ meint, die Häfen müssen fit gemacht werden für die Zukunft, vor allem jene Terminals, über die bisher Kohle und Flüssiggas ins Land kamen, müssen aufgerüstet werden, für den Import von Windkraftanlagenflügeln. (Kein Scherz!) Die wurden bisher hauptsächlich in Cuxhaven angelandet, aber für den Mehrausbau der Windkraft reichen die dortigen Kapazitäten nicht.

Außerdem müssen die Häfen an die neuen Bedürfnisse der NATO angepasst werden. Deutschland kann nicht Aufmarschdrehscheibe gegen Russland sein, ohne ausreichende Hafenkapazitäten für Kriegsgerät und Truppen aufweisen zu können. Da muss man groß denken, wenn man groß Krieg führen will.

Das erfordert natürlich auch, dass die Häfen als kritische Infrastruktur eingestuft werden und nicht mehr so einfach an die Chinesen verkauft werden können, wie bisher, als sich Olaf Scholz noch für die chinesische Beteiligung am Hamburger Hafen stark machte. Da hat sich die Richtung der Richtlinienkompetenz offenbar bereits im grünen Wind gedreht.

Natürlich sollen die Häfen auch von der großen deutschen Digitalisierungswelle nicht verschont bleiben, nach der ja die Defaxgerätisierung bis spätestens 2035 abgeschlossen und die Vollversorgung mit E-Mail-Sende- und Empfangsgeräten mit moderner Windows NT Technologie erreicht sein soll. (Sorry. Diese Bosheit konnte ich mir nicht verkneifen.)

Ganz wichtig, und wohl das Kernstück der Nationalen Hafenstrategie, ist es aber, die deutschen Häfen bis 2045 „klimaneutral“ zu machen. Denn wie heißt es so schön: „Klimaneutralität ist nicht alles, aber ohne Klimaneutralität ist alles nichts.“

„... **als auch auf Eis gelegt**“ meint hingegen das, was die Tagesschau vom 20. März so wunderbar in Worte gegossen hat:

*Die Häfen für die Zukunft zu rüsten und vor allem auf eine Klimaneutralität vorzubereiten, ist extrem teuer. (...)
Konkrete finanzielle Pläne fehlen in der Hafenstrategie. Der Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe (ZDS) und der Bundesverband Öffentlicher Binnenhäfen (BÖB) zeigten sich davon enttäuscht und forderten verlässliche Zusagen. Beide Verbände könnten nicht erkennen, wie "die ambitionierten und wichtigen Ziele der Strategie ohne die entsprechende finanzielle Hinterlegung erreicht werden können"*

Noch Fragen?

Versorgungssicherheit Bürgergeld

Es ist nicht nur parteipolitisches Kalkül, sondern wohl auch Ausfluss des Sachverstandsgefälles zwischen Regierung und Opposition, das Carsten Linnemanns [Alternativkonzept zum Ampelgeld](#) und dessen wohlgefällige Annahme durch die Unionsgranden ermöglicht hat. Anders als die Ampel zielen die Konservativen nicht auf die neue, noch unbekannte Zu-

kunft, sondern auf jene Zukunft, auf die schon Gerhard Schröder zielte. Linnemann hofft, nun, mehr als zwanzig Jahre später, nach gewissenhaftem Zielen in der Lage zu sein, den Meisterschuss abfeuern zu können und mit dem „Fordern und Fördern“ der Altvorderen - Hartz, Clemens, Müntefering, usw. – wieder vom Trend zum bedingungslosen Grundeinkommen abzurücken.

Doch heute gilt halt leider – noch viel mehr als vor 20 Jahren – dass auch der Willigste nicht in Frieden sein Geld verdienen kann, wenn es der bösen Rezession nicht gefällt.

Nie etwas von Miele und Stihl gehört, Herr Linnemann? Nichts von insolventen Bäckereiketten, von stillgelegten Hochöfen, von den Plänen von Bayer und BASF, von geschlossenen Restaurants, insolventen Kliniken und Seniorenheimen? [Hier gibt es kostenlos Auskunft.](#)

Es ist nicht die Zeit für ein Geschwätz von Fördern und Fordern. Es ist die Zeit für einen radikalen Kurswechsel der Regierung. Weg vom Ökosozialismus, zurück zur Sozialen Marktwirtschaft.

Operettenstaat? Bananenrepublik?

Man weiß es nicht so genau. Mit Libretto wäre es Operette ..., ohne Musik eine Verwechslungskomödie, wenn der von der launenhaften Königin vom Hof gejagte Chef der Geheimpolizei vom neuen Chef der Geheimpolizei als Staatsfeind verfolgt wird, während dieser, im Glauben an Recht und Gerechtigkeit wiederum dagegen vor den Kadi zieht, weil er nicht glauben will, dass die lächerlichen Vorwürfe, die gegen ihn erhoben wurden, vor einem gerechten Richter Bestand haben könnten. Wäre dies möglich, das meine ich feststellen zu müssen, dann wäre Hans-Georg Maaßen immer noch Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Nun, das ist verschüttete Milch. Maaßens Klage gegen seine Beobachtung durch den Verfassungsschutz hat nun seinen Nachfolger zu einem erstaunlichen Statement veranlasst, das sogar bei ProSieben einen Wiederhall gefunden hat. Dort steht zu lesen, Haldenwang habe geschrieben, auch nicht strafbare Meinungsäußerungen könnten jene Ordnung gefährden, aus der heraus allen Deutschen das Recht zuwachse, sie – sollte keine andere Abhilfe möglich sein - im Widerstand zu verteidigen.

Was ist das für ein Staat? Was für ein Strafgesetzbuch, nach dem solche hochverräterischen Sachverhalte straffrei bleiben können?

Im Wortlaut bei [ProSieben](#):

Der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), Thomas Haldenwang, hat Kritik an seiner Behörde als "Gesinnungspolizei" oder "Regierungsschutz" zurückgewiesen. In einem Gastbeitrag für die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" unterstrich er die Bedeutung der Meinungsfreiheit in Deutschland, betonte jedoch auch, dass diese Freiheit auch Grenzen habe.

Die "verfassungsschutzrechtliche Relevanz von Äußerungen" hänge nicht nur von ihrer Strafbarkeit ab, so Haldenwang in seinem Text. Auch Meinungsäußerungen, die nicht strafrechtlich relevant seien, könnten für den Verfassungsschutz von Bedeutung sein, insbesondere wenn sie darauf abzielen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu untergraben.

Dennoch dürfen wir uns glücklich preisen, mit solchen Possen unterhalten zu werden. Stellen Sie sich vor, Maaßen wäre unter Stalin in Ungnade gefallen. Keine weiteren Fragen, Euer Ehren.

Ergänzender Hinweis:

Auch die chinesische Sonderwirtschaftszone Hongkong ist nun strafgesetzmäßig da angekommen, wo sich Deutschland mit seiner Grauzone der nicht strafwürdigen Meinungsäußerungen noch so schwer tut. Die [Frankfurter Allgemeine](#) schreibt am 19. März:

Die Stadtregierung bekommt mehr Macht zur Verfolgung Andersdenkender und stellt die Weitergabe vielfältiger Informationen unter Strafe.

Das Hongkonger Stadtparlament hat am Dienstag einstimmig im Eilverfahren ein Nationales Sicherheitsgesetz verabschiedet, das den Behörden weitreichende Befugnisse gegen die demokratische Opposition und chinakritische Stimmen gibt.

Die Zurückhaltung der chinesischen Medien in ihrer Berichterstattung über die diesbezüglichen „Fortschritte“ in Deutschland, lässt jene Form der Höflichkeit erkennen, die uns leider verlorengegangen ist.

Fernwehsicherheit

Seit den Deutschen ihre ewiges Heimat-Gesülze mit der Androhung des Verweises in die rechte Ecke, soweit ausgetrieben worden ist, dass auch dort kaum noch Platz ist, entscheiden sich immer mehr dafür, sich anderswo niederzulassen.

Die OECD hat herausgefunden, dass nur noch 95 von hundert Deutschen in Deutschland leben. Rund 3,8 Millionen haben es vorgezogen, ihre Zelte im Ausland aufzuschlagen, und Jahr für Jahr folgen ihnen mehr als 200.000 Deutsche nach.

Es sind aber alles Wirtschaftsflüchtlinge. Politisch Verfolgte, die im Ausland Asyl genießen könnten, sind nicht dabei, schon alleine, weil nicht sein kann, was nicht sein darf.

Auch die 1,71 Millionen Rentner, deren Rente ins Ausland überwiesen wird, sind nicht wirklich Wirtschaftsflüchtlinge. Sie haben nur herausgefunden, dass der deutsche Renteneuro anderswo auf der Welt eine Kaufkraft entfaltet, von der sie in Deutschland nur träumen können, und weil sie es sich aussuchen können, finden sie da auch ein Plätzchen wo ihnen fast ganzjährig die Sonne wohltuend die altersfleckige Haut wärmt. Dabei handelt es sich aber nicht in allen Fällen um Deutsche. Rentenansprüche haben ja auch jene erworben, die einst als Gastarbeiter nach Deutschland gekommen sind und sich nun wieder in der alten Heimat niedergelassen haben. Deutsche Rentner im Ausland – das sind gerade einmal 260.000 – und auch von denen haben wieder etliche den so genannten Migrationshintergrund.

Nicht aus wirtschaftlichen, sondern – feine Unterscheidung – aus beruflichen Gründen, wandern jene ab, die noch nicht von den Segnungen der gesetzlichen Rentenversicherung profitieren.

Es gibt Studien, die besagen, es handle sich dabei um junge, meist hochqualifizierte Menschen zwischen 20 und 40 Jahren, drei Viertel mit abgeschlossenem Studium, wobei Techniker, Fach- und Führungskräfte zahlenmäßig an der Spitze stehen.

Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung meint aber, das sei kein Anlass zur Besorgnis, viele davon würden ja später wieder nach Deutschland zurückkehren.

Optimisten, wie diese,

die sich mit so abstrakten Kennzahlen wie der jährlichen Netto-Abwanderung deutscher Staatsbürger gar nicht erst herumschlagen und sich auch nicht die Frage stellen, ob die zum Teil schon fünf Jahre alten Statistiken, aus denen zitiert wird, noch der aktuellen Situation entsprechen,

bilden – auch wegen der Abwanderung der Fachkräfte – in Deutschland inzwischen die tonangebende Mehrheit.

Zu sagen: „Es gibt Schlimmeres“, mag trösten, führt aber nicht weiter.

Ich habe daher die Arbeit an einem neue Buch begonnen. Arbeitstitel:

Total verfahren

Auswege aus dem
deutschen Irrweg

Mit besten Grüßen
Ihr

Egon W. Kreuzer